

noch nie-
1: 3 Käufer,
Päuser und
Parteien in
Der Lang-
Sprunglauf
stigem An-
und durch-
lauf waren
Form war
Klasse 1
Klasse 2
wart mit
L. Eppold
hät mit
it 37 Min.
n mit 10
te 1, 250,
Lohse mit
h niedrige
in Spät-

Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verkehr-Anstalt: Amt Dresden Nr. 31807
Tel.-Anzeige: Elbgaupresse Blasewitz

Tageszeitung — Lokal-Anzeiger
für das östliche Dresden und seine Vororte.

Bank-Konto: Kgl. Deutsche Creditanstalt, Blasewitz
Öffentlich-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen

des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk), der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-U.

Druck u. Verlag: Elbgaupressen-Verlag Hermann Vetter & Co., Blasewitz, Tollenwitzer Str. 4. / Verantwortl. f. d. Schriftleitung: Prof. Otto Fr. Zimmermann, Dresden; f. d. Anzeigen-Verl.: Paul Leopold, Dresden

erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: monatlich 8.— Mark, vierteljährlich 24.— Mark
durch die Post oder Boten frei ins Haus; bei Abholung in der
Geschäftsstelle monatlich 7,50 Mark vierteljährlich 22,50 Mark

Dresden-Blasewitz
Mittwoch, den 4. Januar 1922.

Abgaben-Preis: die gewöhnliche Grundgebühr oder deren Raum
2.— Mark, im Viertel 5.— Mark, für Tabellen- und
Anzeigen-Drucke 50% Aufschlag.
Anzeigen-Drucke für die nächste Nummer bis vorm. 10 Uhr.

Die Ursachen des Defizitelends bei den Staatsbetrieben.

Von Franz Riethle-Dresden.

D. J. C. Unsere staatlichen Unternehmungen, insbesondere Eisenbahn und Post, die in früheren Jahren anerkannte Ueberleistungsbetriebe waren, aus denen der Staat nicht unerhebliche Mittel für andere Zwecke entnehmen konnte, stehen seit der Revolution unter dem Zeichen einer chronischen Defizitwirtschaft und auch die sehr bequeme, aber wenig geniale Methode der sanfteren Erhöhung der Gebühren konnte selbstverständlich eine Besserung dieses Zustandes nicht herbeiführen.

Bezüglich der Eisenbahn ist jetzt eine in Berlin gebildete Kommission damit beauftragt, die Gründe für die Unwirtschaftlichkeit dieses Unternehmens festzustellen. Wir haben unsererseits in früheren Auslassungen schon wiederholt eine Reihe dieser Gründe dargelegt und möchten nur heute nochmals bemerken, daß einer der Hauptgründe mit in der schematischen Uebertragung des Achtstundentages auf den Eisenbahnbetrieb zu erblicken ist, die dazu geführt hat, daß trotz gesteigerten Personals noch etwa 40000 Eisenbahnwagen und eine recht große Anzahl Lokomotiven in Deutschland der Ausbesserung harren, daß der hierdurch herbeigeführte Wagenmangel auch noch dadurch verschärft wird, daß die Ent- und Umladung von Frachtstückgütern an Güterschuppen und Umladestellen zu langsam vor sich geht, obwohl auch noch Hilfsarbeiter eingestellt sind, daß ferner die beladenen und leeren Wagen nicht rasch genug ihrem Verwendungszweck zugeführt werden usw. Die Reichsbahnbehörde in Berlin gibt zu, daß noch zu viel Personal im Dienste sich befindet. Die Eisenbahner-Organisationen und die Beamten- und Betriebsräte behaupten, hinsichtlich des Personalbestandes genau das Gegenteil! Wer hat Recht? Von beiden wird im übrigen behauptet, daß bei der Reichsbahnverwaltung weit über 2000 Beamte und Arbeiter, die die geschäftlichen Beamten- und Betriebsvertretungen (Räte) bilden, sich nur mit den Geschäften des Beamten- und Betriebsrätegeschäftes beschäftigen und von allen Dienstleistungen vollständig befreit sind — aber bezahlt werden, z. T. noch besondere Vergütungen erhalten. Es wird auch behauptet, welche Unsumme von Zeit und Arbeit einer großen Zahl von Beamten noch zuwächst, um die Angelegenheiten, Wünsche, Forderungen und Anträge dieser Räte, die fast nur persönlicher Natur sind, dienstlich zu behandeln oder sich an langen Sitzungen oder Dienstreisen zu beteiligen. Es wird auch nicht darüber erwähnt, daß diese Räte in den meisten Fällen nicht mit der Eisenbahnverwaltung arbeiten, sondern ihr bei der Durchführung des Betriebes und Betriebes deminisse und Schwierigkeiten durch Einsprüche bereiten und eine geordnete Betriebsführung deshalb beinahe illusorisch machen, weil die Reichsbahnbehörde den Personalvertretungen (Räten) Zugeständnisse gemacht hat, die über die Bestimmungen der Gesetze weit hinausgehen und bei Industrieunternehmungen aus wirtschaftlichen Gründen undenkbar wären. Kann eine Verwaltung mit einem so großen Defizit sich einen derartigen Luxus gestatten? Wohl kaum! Es wird behauptet, daß eine Unzahl von höheren, mittleren und unteren Beamten, Gewerkschaftlern und Arbeitern in Kommissionen, Ausschüssen usw. dauernd tätig sind, die sich mit Befolgungs-, Tarif-, Wirtschafts- und Organisationsfragen beschäftigen, ohne daß bisher irgendwelche wirtschaftliche Erfolge in die Erscheinung getreten sind.

Es ist wohl klar, daß bei solchen unproduktiven Arbeiten eine Gesundung des Eisenbahnwesens nicht erreicht werden kann. Wo in einzelnen Beziehungen der Reichsbahnbetrieb sich gebessert hat, da ist dies nicht etwa auf die Mitwirkung der neu geschaffenen Personalvertretungen, sondern nur darauf zurückzuführen, daß der frühere gute Stamm älterer Beamten und Arbeiter Pflichtbewußtsein und Treue sich bewahrt hat und über seine Kräfte Dienst leistet, sich auch nicht an Bestrebungen beteiligt, die geeignet sind, die Leistungen herunterzudrücken. Daß, wie der Vollständigkeit halber erwähnt werden möge, infolge der planlosen schematischen Einführung des Achtstundentages im Reichsbahnbetriebe eine ganz erhebliche Personal-Verbreiterung stattgefunden hat, ist erklärlich. Bedauerlich bleibt nur, daß die Gesamtleistungen trotz dieses Mehraufwandes an Personal zurückgegangen sind.

Diese Verhältnisse schreien geradezu nach Abhilfe. Eine solche Abhilfe ist selbstverständlich aber nur möglich, wenn nicht nur die leitenden Stellen den guten Willen zur Herbeiführung anderer Verhältnisse haben, sondern wenn auch alle in der Bahnverwaltung tätigen Kräfte bis herunter zum einfachen Streckenarbeiter von der Notwendigkeit der Herbeiführung anderer Verhältnisse durchdrungen sind und ihre Mithilfe hierbei nicht verweigern. Leider sind wir von einer solchen Einsicht, wie die Streikbewegung in West-Deutschland zeigt, noch sehr weit entfernt, und wenn die Reichsregierung und der Reichsverkehrsminister nicht sehr harte Herzen haben, um trotz des ihnen entgegengesetzten Widerstandes durchzugreifen, so fürchten wir, daß auch die besagten leitenden Stellen in Berlin eingesetzten Kommission und aller mit dieser Frage amtlich oder in anderer Form beschäftigten Persönlichkeiten nur theoretische Bedeutung behalten, in der Praxis aber die Verhältnisse weiter bestehen bleiben, bis eben eines Tages der völlige Zusammenbruch sich einstellt.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Postverwaltung. Während die Eisenbahn sich jetzt wenigstens rühmen kann, an ihrer Spitze einen Mann zu haben, der auf Grund seiner früheren Tätigkeit als Chef des Reichsbahnwesens etwas von der Organisation, der er vorgelegt ist, versteht, frant die Reichspostverwaltung zunächst daran, daß an ihrer Spitze ein Politiker steht, der die Hauptnotwendigkeiten des ihm unterstellten technischen Betriebes auch nicht im entferntesten zu überblicken vermag, und soweit er von seinen sachlich besser unterrichteten Mit-

arbeitern entsprechend informiert wird, gerade in grundlegenden Fragen sehr häufig nicht die richtigen Entscheidungen treffen kann, weil er auf Grund seiner ganzen politischen Vergangenheit viel zu sehr daran gewöhnt ist, den Wünschen und Forderungen rabulärer Kreise der Beamtenschaft oder politischer Linksparteien auch dann nachzugeben, wenn es im Interesse des Allgemeinwohles und im Interesse des von ihm vertretenen Ressorts besser wäre, auch auf die Gefahr von Konflikten hin bei einem hart ablehnenden Standpunkte zu verharren. So nur erklärt es sich, wenn der Reichspostminister bei Ablegung eines Rechenschaftsberichtes in einer Reichstagskommission über Verhältnisse jammert, die sich aus der Beschäftigung einer zu großen Zahl wenig leistungsfähigen Hilfspersonal ergeben, während es doch seine Pflicht gewesen wäre, rechtzeitig für die Ausmerzungen dieser Kräfte zu sorgen. Ueberhaupt scheint bei der Post fast mehr noch als bei anderen Organisationen der Weg ins Verderben vor allen Dingen dadurch angetrieben und beschleunigt worden zu sein, daß man sich hat breitschlagen lassen, aus politischen Gründen und Rücksichten Beamte, die auf ihrem früheren Posten sehr Leichtes leisteten und gegen deren Charakter und Arbeitswilligkeit nicht das Geringste eingewendet werden soll, im Lauf und Bogen in höhere Stellen zu befördern, für die ihnen naturgemäß die entsprechende Vorbildung und, soweit dies erforderlich ist, auch die entsprechende manuelle Geschicklichkeit fehlt. So erklärt es sich dann von selbst, daß diese Leute, die an sich sicherlich den besten Willen haben werden, ihre Pflicht zu tun, zur Erledigung ihrer Aufgaben die doppelte bis dreifache Zeit brauchen, während der frühere geschulte Mittelbeamte dieselbe Arbeit in viel kürzerer Zeit erledigen würde. So sehr man daher diesen Beamten die Beförderung als solche gönnen kann, so muß man doch, wenn man die Verhältnisse objektiv beurteilen will, einmal offen aussprechen, daß ein zum Postassistenten und Postsekretär beförderter ehemaliger Briefträger natürlich niemals das leisten kann, was ein mittlerer Postbeamter der alten Schule auf diesem Posten geleistet hat. Man stelle sich beispielsweise nur eine etwas komplizierte Rentenauszahlung vor, wo eine ganze Reihe wiederholt geänderte Bestimmungen zu berücksichtigen sind und man wird zugeben, daß schon allein die Kenntnis dieser Bestimmungen, nicht zu sagen, daß man sie zu machen, ihn veranlassen wird, sämtliche Bestimmungen drei- bis viermal durchzugehen, ehe die Auszahlung erfolgt, während der geschulte Beamte ohne weiteres nach kurzer Einsichtnahme die betreffende Angelegenheit erledigen könnte. Dierbei muß berücksichtigt werden, daß früher die mittleren Postbeamten zu 90 Prozent die Berechtigung zum einjährigen Dienst, 3 Prozent das Maturus und 7 Prozent eine dem Einjährigen gleichwertige Schulbildung hatten. Außerdem wurden diese Kräfte im ganzen Reich herangezogen, so daß sie die verschiedensten Verhältnisse kennen lernten und so ipso auf jedem Posten, auf dem sie, sei es auch vertretungsweise, gestellt wurden, flott arbeiten konnten, während die jetzt aus politischen Gründen in die gleichen Stellungen gerufenen früheren Unterbeamten, ohne daß ihnen daraus ein Vorwurf gemacht werden kann oder soll, sich häufig nur auf Aufgaben gestellt sehen, denen sie nicht oder nur unzulänglich gewachsen sind, was ihrem Ansehen nicht förderlich ist. Denn jeder Mensch genießt die größte Hochachtung dann, wenn er eine Tätigkeit ausübt, die er wirklich beherrscht, auch wenn diese Tätigkeit untergeordneter Natur ist. Um aber das Gleich noch zu vergrößern, schreitet man, wie uns mitgeteilt worden ist, vielfach noch dazu, den Stamm der nach höherem Muster ausgebildeten mittleren Beamten, für die nun andererseits Beförderungsmöglichkeiten nach oben nicht in ausreichendem Maße bestehen, mit untergeordneten Arbeiten zu beschäftigen und so Kräfte brach zu legen, die an den mit unzulänglichen Kräften besetzten Posten nutzbringendere Arbeit leisten könnten. Es ist uns von einem seit etwa 25 Jahren im Dienst befindlichen, sachlich sehr ruhig urteilenden Postbeamten die Lage so geschildert worden, daß sie, auf ein indiszipliniertes Beispiel übertragen, etwa gekennzeichnet werden müßte mit dem Vergleich, daß der Professor einer Firma die Briefe frankiert und der Lehrling die Abteilungen leitet. Wenn dieser Vergleich vielleicht auch etwas kraß ist, so kann man sich ungefähr denken, was bei einer solchen Kräfteverteilung in der Praxis herauskommt: und vor allen Dingen kann man daraus einen Schluß ziehen, wieviel mehr Kräfte und Mehraufgaben durch eine derartige Disposition entstehen. Hierzu kommt noch, daß nach den uns gewordenen Informationen die Hilfsbeamten, denen das Krankengeld nicht abgezogen wird, von der Möglichkeit, durch Kranksein ihre Einnahmen zu verbessern, ausgiebig Gebrauch machen und dadurch den Postbetrieb ebenfalls ganz unverschämtermaßen hoch belassen.

Auf eine Reihe weiterer Mängel hier einzugehen, würde zu weit führen, zusammenfassend möchten wir aber noch zum Ausdruck bringen, daß eine Besserung der Verhältnisse im Postbetriebe nur möglich ist, wenn an die Spitze dieses Betriebes eine politisch unabhängige, den Betrieb selbst einigermaßen kennende, Autorität sordern und Autorität erweckende Persönlichkeit gesetzt wird, die es versteht, mit den von dem Minister Gesandten in einem langen Klagegeden bedauernden, aber von ihm leider nicht befeitigten Mängeln wirklich aufzuehören, und wenn diese Persönlichkeit vor allen Dingen darauf hinwirkt, daß die an sich im allgemeinen gewiß auch heute noch sehr tüchtigen und zuverlässigen Beamten der Postverwaltung an dem richtigen Posten Verwendung finden, d. h. daß der Kern der mittleren Postbeamten (Postassistent bis Oberpostsekretär) wirklich im Betriebsdienst tätig ist und daß man die unteren Beamten, die an ihrem

Posten ebenfalls Gutes leisten, dort beläßt und nicht aus Populartätsherrscherei und Konzeptionspolitik heraus ihnen Funktionen und Ämter überträgt, die sie vielfach beim besten Willen nicht ausfüllen können. Die überflüssigen Hilfskräfte aber müssen anderen Tätigkeiten zugeführt werden, denn ein rationeller Betrieb besteht nicht darin, möglichst viele Kräfte zu beschäftigen, sondern sich mit einer relativ geringeren Zahl besonders leistungsfähiger und gut besoldeter Kräfte zu betätigen.

So wie die Verhältnisse jetzt liegen, geht es jedenfalls nicht weiter. Diese Empfindung haben auch die Postbeamten selbst, denen daran liegt, daß der Ruf der Reichspostverwaltung wieder auf seine frühere Höhe kommt, und sie sind ebenso wie andere Bevölkerungsschichten überzeugt, daß die Mittel, die der Postbetrieb in seiner jetzigen Form jahraus, jahrein verschlingen muß, durch Gebührenerhöhungen auf die Dauer nicht aufgebracht werden können, weil naturgemäß die Gebührenerhöhungen zu weitgehender Einschränkung der Benutzung des Postbetriebes führen und letzten Endes ebenfalls die Rentabilität der Post zerstören muß. Kein Mensch wird, ob es sich um Eisenbahn oder Post handelt, aus Prinzip die Entstaatlichung dieser Organisation fordern; jeder, dem eine endliche Besserung der allgemeinen Verhältnisse am Herzen liegt, wird aber mit allen Kräften dafür eintreten müssen, daß eine Aenderung der jetzigen Organisation in die Wege geleitet wird und daß, ganz gleich, wie die Verwaltung dieser Betriebe gestaltet wird, in Zukunft eine Garantie dafür besteht, daß diese Unternehmen wirtschaftlicher arbeiten als bisher. Wir sind davon überzeugt, daß ein Zurückbringen dieser Institutionen auf ihre glänzenden früheren Verhältnisse sowohl in bezug auf die finanziellen Ergebnisse, als auch in bezug auf die Qualität der Leistungen nicht so schnell zu erreichen ist. Ebenso bestimmt kann man aber behaupten, daß eine wesentliche Besserung in den Verhältnissen sich sehr wohl bei richtigen und energisch durchgeführten Maßnahmen erreichen läßt, und da die Möglichkeit hierzu unbedingt vorhanden ist, so ist es die Pflicht der maßgebenden Stellen, insbesondere auch des Reichstages, für die Erreichung dieses Zieles zu sorgen. Die bisher vom Reichstag nach dieser Richtung hin gestellten Anträge scheinen uns allerdings noch nicht ausreichend zu sein, sondern wir sind der Meinung, daß auch vom Reichstag hier einmal etwas deutlicher gesprochen werden muß und daß vor allen Dingen auch die Parteien des Reichstages, die aus Rücksicht auf ihre etwas rabulärer angehauchten, diesen Betrieben nahestehenden Parteiangehörigen davor juristisch scheuen, durchgreifende Maßnahmen zu fördern, endlich einmal einsehen, daß in diesen Fragen höhere Werte als Parteinteressen auf dem Spiele stehen und daß sie auf die Dauer auch das Ansehen ihrer eigenen Partei schädigen, wenn sie einer Mißwirtschaft weiter tatenlos zusehen, die von keinem an dem Gesamtwohls des deutschen Volkes interessierten Politiker auch nur einen Tag länger geduldet werden dürfte.

Politische Nachrichten.

Vernunft Dr. v. Brandts in das Reichsfinanzministerium.
Berlin, 2. Januar. Ministerialdirektor Dr. v. Brandt, der seit Verlassen des Reichskommissariats für die besetzten westlichen Gebiete bei dieser Behörde als Ministerialdirektor und Vertreter des Reichskommissars tätig ist, wurde in das Reichsfinanzministerium berufen. Er übernimmt als Ministerialdirektor die Abteilung des Staatssekretärs Dr. Fischer, der den Vorsitz in der Kriegslastenkommission in Paris übernommen hat.

Vor der Konferenz in Cannes.
Paris, 2. Januar. Aus Rom läßt sich die „Nationalzeitung“ über den letzten römischen Ministerrat melden, daß in diesem der Außenminister Bonomi förmlich beauftragt, daß er sich zu einer persönlichen Aktion in Cannes rühte. Es werde ferner römischer Seite bezweifelt, daß Italien im Gegensatz zu seiner Stellungnahme in der oberirdischen Angelegenheit mit reiflicher Nachdruck eine für Deutschland erträgliche Lösung der bestehenden Probleme erstrebt. In Rom glaubt man zu wissen, daß Ministerpräsident Bonomi aus der bisherigen Reserve in Cannes gegebenenfalls energisch hervortreten beabsichtigt. Bonomis Austritt in Cannes dürfte das erste sichtbare Zeichen dafür sein, daß Italien die Wege des Grafen Cavour verläßt, und das aus Selbstbehauptungsgründen.

Rom, 2. Januar. „Tempo“ drückt die allgemeine Auffassung Italiens von Frankreichs Verantwortung an einem eventuellen Scheitern der Washingtoner Konferenz mit folgenden Sätzen aus: „Frankreich verhindert durch sein Flottenprogramm die Verubigung und den Wiederaufbau Europas und läßt sich eine furchtbare Verantwortung auf. Durch Frankreichs Schuld ist nunmehr auch die Abkräftung zu Ende gekommen und es beginnt ein Verfall, der härter als je zuvor, Frankreich muß wissen, daß niemand ihm folgt, daß niemand alle gegen es stehen. Wie England erkennt auch Italien klar seine Verantwortung vor der Geschichte, doch kann es auf das Recht der Selbstverteidigung nicht verzichten.“

3,5 Milliarden für die Entente-Ausfälle.
Die von der Entente überreichte Gesamtlohnauflage für die Monate Oktober, November und Dezember abschließend mit dem 30. Dezember, beträgt 3,5 Milliarden Mark. Davon entfallen auf Unterbringung der Ueberwachungsanstalten in ihren Standorten 2,3 Milliarden Mark.

90. 12.
Gef.
6893,10
8661,90
6,98
274,70
1428,55
789,20
784,20
198,31
1490, —

Dresden-Alstadt,
Prager Str. 25, I.

eine
Anlass
Ihre
auf
erken
sie ge-

einem
ster in
Hienen
nicht
wenn
fertig-
Bater
aber
onrad
u bist

und
erröde
Gott,
unden

Abend.
le sah
lampe,
; da
inten-
chiver.
st fest
lt den
weit
beers
wenn
onden
beschä-